

Wir müssen auf eigenen Beinen stehen

Der ehemalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping appelliert angesichts der **Trump'schen Drohung für Investitionen** in eine umfangreiche europäische Sicherheit

Von Rudolf Scharping

Verteidigungsminister a.D. und ehemaliger SPD-Chef

Woche für Woche demonstrieren Menschen, für ein friedliches Miteinander, für unsere Demokratie. Mehr als 2,5 Millionen Menschen waren es bisher. Und es engagieren sich immer mehr, zunehmend auch in Betrieben oder im Netz. Im 75. Jahr unserer Verfassung ist das ein starkes Signal lebendigen Bürgertums.

„Ich war noch nie demonstrieren ...“ – das hört man oft. Zunehmend mehr Bürgerinnen und Bürger ändern lange gepflegte Routinen. Ändern sich auch die Routinen der Politik? Ich fürchte: nein. Man muss sich nur vor Augen halten: Regierungserklärung und Debatte am 27. Februar 2022 im Deutschen Bundestag, drei Tage nach dem Beginn des Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine; die Generaldebatte zum Haushalt 2024 knapp zwei Jahre später – der Rückfall in veraltete Muster ist offenkundig; er setzt sich fort, leider.

Wenn drei Parteien mit so unterschiedlichen Sichtweisen auf Gesellschaft und Wirtschaft eine Regierung bilden, dann sind Konflikte vorprogrammiert. Aber es bestand (und besteht noch) die Chance, vor allem die Verpflichtung, diese Sichtweisen in einen konstruktiven Austausch zu bringen; einen Diskurs zu ermöglichen, der Ergebnisse herbeiführt und begründet; der Orientierung anbietet und Gemeinsinn festigt. Dieser Verpflichtung wird man, höflich gesagt, nicht gerecht. Statt leidenschaftlich in der Sache zu streiten, statt dicke Bretter zu bohren, werden Haltungsnoten verteilt.

Das ist unangemessen. Gegenwärtig können wir, Europäer und mittendrin wir Deutsche, unsere Sicherheit nicht angemessen gewährleisten – also unsere Freiheit nicht verteidigen. Dass es dazu auch gemeinsamer militärischer Fähigkeiten bedarf, wurde ebenso oft in Reden beschworen wie im politischen Alltag vernachlässigt. Nun führen der Wahlkämpfer Donald Trump, die Mehrheit im US-Repräsentantenhaus und frühere Spitzenleute der Trump-Administration uns Europäern drastisch vor Augen: Wir müssen entschieden schnell auf eigene Beine kommen. Wir könnten sonst Objekt eines „Deals“ werden. Wir mögen hoffen: Es kommt nicht so schlimm. Bauen darf verantwortliche Politik darauf nicht.

Eine Zukunft in Frieden und Freiheit, gesichert durch Politik und Diplomatie, durch Stärke unserer innovativen, wirtschaftlichen und auch militärischen Fähigkeiten, eingebettet in das Bündnis und doch auf eigenen Beinen stehend – nur das sichert uns und gewährleistet Europas globale Relevanz. Zwar sinkt der relative Anteil Europas an der Weltwirtschaft oder an der Weltbevölkerung und sicher sind die 500 Jahre europäischer geprägter, globaler Entwicklungen (im Guten wie



Wahlkampf gegen Europa

Der Republikaner Donald Trump opfert die westliche Sicherheit seiner Politik der „Deals“

im Fürchterlichen) vorbei. Wir können und müssen uns dennoch selbst behaupten. Globale Relevanz Europas und seine Selbstbehauptung, beides werden wir nur durch Spitzenleistung in Bildung und Innovation, mit leistungsfähiger Wirtschaft und Infrastruktur, durch faire Zusammenarbeit und Austausch mit der Welt erreichen – und durch Sicherheit, für die wir gemeinsam gerade stehen können.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine belegt auf furchtbare Weise: Europa muss schneller und entschlossener reagieren, die Ukraine umfangreicher unterstützen und dann auch nach politischen Lösungen suchen. Das alles

ist schon außen- und sicherheitspolitisch eine gewaltige Aufgabe. Das innenpolitische Arsenal ist dafür nicht geeignet. Eine neue, eine zukunftstaugliche Perspektive aufzubauen, das wird eine gewaltige Kraftanstrengung. Darüber brauchen wir beides: randscharfe, leidenschaftliche Debatte und die Fähigkeit, langfristige Weichen gemeinsam zu stellen. Weder Ampel noch CDU/CSU dürfen sich dem entziehen.

Von seinen „Beständen ausgehen, nicht von seinen Parolen“ (Gottfried Benn): Neben vielem Gelungenen gehört zu den Beständen, dass wir massiv und langfristig investieren müssen: in Bildung, in Infrastruktur, in Innovationen und Start-ups, in umfassende Sicherheit – kurz: in unsere eigene Zukunft. Diese gute Zukunft blüht nicht hinter Mauern und Zäunen, im Gegenteil: Politischer Nationalismus und wirtschaftlicher Protektionismus machen Menschen ärmer und gefährden Frieden.

Vor 50 Jahren formulierte der Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, ..., um der Freiheit willen ...“. Böckenförde später: „... die freiheitliche Ordnung (braucht) ein verbindendes Ethos, eine Art ‚Gemeinsinn‘ ..., eine gelebte Kultur“. Das ist übrigens etwas anderes als die Zuschreibung von Identitäten, die am Ende aushöhlen, was den Kern der Aufklärung und des Humanismus ausmacht: die Gleichheit der Menschen.

Die Botschaft der Millionen, die demonstrieren, die sich in Diskussionen, in Betrieben, in Vereinen, im Netz oder in privaten Gesprächen für ein friedliches Miteinander engagieren, diese Botschaft ist klar: Wir wollen unsere Freiheit verteidigen. Die unausgesprochene Botschaft an die Politik lautet: Macht eure Aufgaben besser, ringt um Entscheidungen, macht sie nachvollziehbar und konzentriert euch auf das Wesentliche. ■

Rudolf Scharping, 76, war von 1991 bis 1994 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, von 1993 bis 1995 Vorsitzender der SPD und von 1998 bis 2002 Verteidigungsminister